

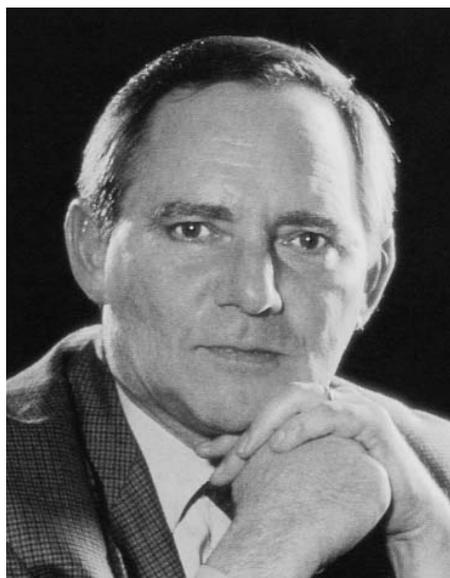
Evangelische Verantwortung

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert – Worin besteht das Neue?

Dr. Wolfgang Schäuble

Wir alle haben in den letzten Jahren erlebt, in welcher atemberaubenden Schnelligkeit Computer und Internet unsere Kommunikation verändert haben. Heute sprechen wir mit Menschen in Echtzeit rund um den Globus. Aber nicht nur unsere Kommunikation, sondern auch unsere Produktionsweise in den Fabriken und Dienstleistungsbetrieben verändert sich mit den neuen Techniken in gravierender Weise. Früher haben wir von den Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital geredet. Heute kommt die Information als neuer Faktor hinzu. Wissen und dessen schnelle Verfügbarkeit wird zu einer immer mächtigeren Ressource.

Schon jetzt und erst recht in Zukunft wird keiner vollständiges Wissen besitzen – wie es noch den Enzyklopädisten der Aufklärung vorschwebte. Es kommt darauf an, schnell über die richtigen Wissenszugänge zu verfügen und Information und Wissen aus unterschiedlichen Bereichen und Ebenen produktiv miteinander zu vernetzen. Nur wer sich immer wieder neu den Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft stellt, wird Leistungsfähigkeit in der Zukunft beweisen. Ohne solche Leistung werden wir auch nicht unseren Wohlstand halten können und erst recht nicht die notwendigen Mittel für eine Verteilung nach Solidarität und Gerechtigkeit.



Dr. Wolfgang Schäuble:
Unsere Zukunftsgesellschaft wird mehr denn je auf den Ergebnissen von Wissenschaft und Technologie beruhen.

Die lernende Gesellschaft

Deswegen brauchen wir jetzt die **Weichenstellung für eine lernende Gesellschaft**: in der Familie und der Schule, in der beruflichen Ausbildung und den Einrichtungen der tertiären Weiterbildung. Wir müssen uns deswegen fragen: Wie können hinsichtlich der **Bildung** unsere Schulen wieder besser werden? Wie können wir Neigungen und Begabungen gezielter fördern? Wie können wir die Leistungsfähigkeit

unserer Ausbildungssysteme von den Berufsschulen bis zu den Universitäten erhöhen? Wie können wir eine faire Teilhabe an Wissen und Bildung sicherstellen? Wie können wir unser Ausbildungssystem differenzierter gestalten und über mehr Wettbewerb die Verkürzungen der letzten Jahrzehnte aufbrechen? Darauf wird es mit ankommen.

Eine **Informations- und Dienstleistungsgesellschaft** mit industriellem Nährboden, auf die wir uns mit aller Macht zu bewegen, erfordert höhere und andere Qualifikationen. Vor allem die Bereitschaft, ständig umzulernen und neu zu lernen. Aber nicht jeder ist von vornherein den neuen Anforderungen des Lernens gewappnet. Deswegen gilt es, die Menschen zu stärken, nicht, sie zu entmutigen; Zukunftschancen aufzuzeigen, nicht Ängste zu verstärken; den Erwerb von Qualifikationen zu ermöglichen, nicht Menschen abzuschreiben.

Arbeit und Bürgerengagement

Das bedeutet übrigens auch, einerseits stärkere Brücken in den Arbeitsmarkt zu bauen für die, die gering qualifiziert, Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfeempfänger

Themen:

Soziale Marktwirtschaft	3,5
Zum Schröder-Blair-Papier	8
Zivildienst	10

sind. Kombilohn, Beschäftigungsgesellschaften, spezielle Qualifizierungsformen und Erhöhung der notwendigen Allgemeinbildung – hier lassen sich eine Reihe von sinnvollen Maßnahmen denken.

Andererseits müssen wir auch sehen, wo sinnvolle Tätigkeiten im Nichterwerbssektor erbracht werden, die es erheblich stärker als bisher anzuerkennen gilt. Ich denke daran, dass die häusliche Erziehungsarbeit in seiner Bedeutung sträflich unterbewertet wird. Ich denke auch an die vielfältigen Formen ehrenamtlicher und freiwilliger Tätigkeit. Gerade diese lassen sich weiter ausbauen – von der Arbeit für Kinder bis zur Seniorenarbeit, von der Tätigkeit in kleinen Gemeinschaften bis zur Arbeit in internationalen Nichtregierungsorganisationen. Die Zukunftsgesellschaft wird auch dadurch gekennzeichnet sein, dass sich immer mehr Bürger einfach deshalb engagieren können, weil sie aufgrund neuer Arbeitsorganisation und technischem Fortschritt mehr freie Zeit haben als früher. Und viele wollen diese auch sinnvoll nutzen.

Wissenschaft und Technik

Als Heinrich Heine 1843 Zeuge der Eröffnung der Eisenbahnstrecke von Paris nach Orleans war, sah er darin ein herausragendes Ereignis, das „der Menschheit einen neuen Umschwung gibt, das die Farbe und die Form des Lebens verändert – es beginnt ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte, und unsere Generation darf sich rühmen, dass sie dabei gewesen ist“. Das war in gewisser Weise hellseherisch, aber heute stehen wir bei den Erfindungen, in der Entwicklung von Wissenschaft und Technik vor noch ganz anderen Dimensionen und Herausforderungen. Und so richtig wissen wir noch nicht, ob wir auch mit demselben Stolz sagen dürfen, dass wir dabei gewesen sind. Denn die Erfahrungen unseres Jahrhunderts sind ja durchaus janusköpfig.

Einerseits hat Forschung, Wissenschaft und Technik unseren Alltag in einer Weise erleichtert, die sich Heinrich Heine gewiss nicht recht vorstellen konnte. Ohne die Erfindungen und neuen Produktionsformen wäre unser heutiger materieller Wohlstand und unser Sozialstaat nicht möglich gewesen – und beides ist eine wirkliche Errungenschaft, hinter der wir nicht zurück-

fallen wollen und dürfen. Aber andererseits sind uns auch die negativen **Seiten von Wissenschaft** und Technik bewusst geworden, von den Auswirkungen der Waffentechnik in den beiden Weltkriegen bis hin zu den Umweltkatastrophen.

Chancen des Fortschritts

Diese ambivalente Erfahrung darf aber nicht zu einer falschen Wissenschafts- und Technikfeindlichkeit führen. Die vergangene Zeit war ja beileibe nicht so romantisch gemächlich, wie uns das manche Konsum- und Zivilisationskritiker weismachen wollen. Forschung, Wissenschaft und Technik stehen für unverzichtbaren Fortschritt. Das Wissen war übrigens schon immer eine treibende Kraft unserer Zivilisation, und heute erheblich mehr als früher. Eines ist doch unbestreitbar: **Unsere Zukunftsgesellschaft** wird mehr denn je auf den Ergebnissen von Wissenschaft und Technologie beruhen. Und auch die Probleme der Umwelt werden zwar veränderte Verhaltensweisen erfordern, nicht aber ohne neue Technologien zu lösen sein. Deswegen ist es besser, auf die weitreichenden und vielfältigen Chancen einer wissenschaftsbasierten Gesellschaft zu sehen und Fragen der **Beherrschbarkeit und der Gestaltbarkeit** von Wissenschaft und Technik frühzeitig zu beantworten. Da können wir noch viel tun, nicht zuletzt im Bereich der Technikfolgenabschätzung.

Vergessen wir zudem nicht: Zur Gerechtigkeit und Solidarität mit den nachfolgenden Generationen gehört ja nicht nur die Minimierung ökologischer Risiken und Umweltschutz, sondern auch die Entfaltung von Wissenschaft und Technik als Quellen von Wissen und Wohlstand.

Eine neue Wissenschaftsrevolution

Worin besteht das Neue? Frühere Wissenschaftler haben vor allem die vorhandene Materie unserer gewohnten Umwelt bearbeitet und das Verhalten von Lebewesen erforscht. Jetzt, mit der Erforschung des Mikro- und Makrobereichs unserer Umwelt, stehen wir am Beginn einer neuen Revolution von Wissenschaft und Technik, die unsere Gesellschaft grundlegend verändern wird. Mit dieser Wissenschaftsrevolution betritt der Mensch Neuland. Er wagt die ersten

Schritte von der Erde in das All. Nicht nur die Satelliten und Raumfahrttechnik, sondern neuartige Energieformen und Werkstoffe werden diesen Bereich schnell vorantreiben. Noch wichtiger aber wird sein, dass der Mensch den Mikrobereich der Natur erobert hat und nun zumindest teilweise zum Schöpfer wird. Das ist eine ganz **neue Dimension**. Denn anders als früher benutzt er nicht nur Rohstoffe, sondern baut Materie selbst und konstruiert neues Leben. Der **Forscher der Zukunft** wird neue Werkstoffe am Computer entwerfen, Atom für Atom aufbauen und Moleküle basteln.

Wissenschaft und Produktion

Darüber hinaus hat die **Gentechnik** ganz neue Möglichkeiten eröffnet, in Leben einzugreifen und Leben selbst zu formen. Und das in einer Weise, die noch manche jetzige Vorstellungskraft sprengt. Dem einen oder anderen mag das alles noch weit weg erscheinen, aber der täuscht sich, denn das ist es nicht. Wir erleben bereits jetzt, wie schnell die wissenschaftlichen Erkenntnisse von der Nanotechnik bis zur Medizin, von der Gentechnik bis zur künstlichen Intelligenz wachsen, und mit welchem Tempo diese in wirtschaftliche Produktion umgesetzt wird. Neue **weltweite Wettbewerbsstrukturen** entstehen bereits jetzt, wenn man sich die Zusammenschlüsse von Unternehmen im Vieleck von Chemie, Medizin, Informatik, Materialtechnik, Ökologie- und Biotechnik ansieht. Hier entwickeln sich bereits in unserer Gegenwart – und künftig noch viel mehr und schneller – neue Produktionsformen und Produkte, neue Verfahren, Dienstleistungen und Technologien, neue Märkte und neue Standortkonkurrenzen.

All dies wird in Kürze schnellere Veränderungen für unsere Wirtschaft und unsere Wohlfahrtsgesellschaft mit sich bringen, als vielen bewusst ist. Deswegen ist es an der Zeit, nicht nur über die jetzigen Probleme des Arbeitsmarktes, des traditionellen Sozialstaates oder der inneren Einheit Deutschlands zu diskutieren, sondern auch über die zukünftigen Entwicklungen, deren Grundlagen bereits jetzt geschaffen werden.

Die Zukunft ist voller Chancen, wenn man sich auf sie vorbereitet. Wer diese nicht sieht, wird sie verpassen und die negativen

Folgen zu tragen haben, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen.

Neue Fragen

Dabei gehen die Herausforderungen weiter als bis in die Entwicklung neuer Produktionsformen, Waren und Dienstleistungen. Sie betreffen auch elementar unsere **geistigen Orientierungen**. Der wissenschaftlich-technische und der wirtschaftliche Fortschritt lassen auch ganz neue Fragen entstehen.

Können wir in der kommenden globalen **Kommunikationsgesellschaft** jedem einen gleichen Zugang zu Wissen und Bildung gewährleisten? Welche neuen Produktionsweisen dürfen wir einführen und welche Auswirkungen wird der neue technische Fortschritt auf den Arbeitsmarkt wie den Sozialstaat haben? Was verstehen wir künftig unter Leben, und wie können wir mit neuen Lebensformen umgehen? Was ist eigentlich die richtige Definition und das rechte Verständnis von Tod? Dürfen wir menschliches Gewebe oder Organe züchten? Was passiert, wenn wir gentechnisch Leben verändern oder neu konstruieren? Wie beurteilen wir die Entwicklung von Bio-Maschine-Systemen? Wie gehen wir politisch und ethisch mit den entstehenden wirtschaftlichen Konglomeraten im Agrarbereich, der Bio- und Gentechnik, der life-science-business um?

Zu fragen ist aber auch danach, wie sich geistige Orientierung und kulturelle Verarbeitungsmöglichkeiten ändern werden und was das für das Humanum bedeutet. In all diesem sehe ich vielfältige neue Anfragen an unsere philosophische wie ethische Reflexionskraft.

Eine neue Balance finden

Lassen Sie es mich einmal mit einer Geschichte sagen, die man bei Tolstoi finden kann: „Ein König verlangte von seinen Gelehrten, ihm Gott zu zeigen, aber keiner konnte es; alle waren ganz verzweifelt, und der König blieb hochmütig. Da kam ein Hirte, führte den König auf einen Platz und forderte ihn auf, in die Sonne zu schauen. Der König tat es, und wandte sich sofort wieder ab. „Willst du, dass ich erblinde?“ rief er. Der Hirte antwortete: „Diese Sonne ist nur eines unter vielen

Dingen der Schöpfung, und du kannst sie nicht ertragen, wie kannst du meinen, du könntest Gott selbst sehen?“.

Diese kleine Geschichte zeigt, dass wir Menschen bei allen neuen Fähigkeiten zur Naturbeherrschung und Umweltgestaltung nicht hochmütig werden dürfen. Auch Begrenzung kann einen Sinn haben. Bescheidenheit und Ehrfurcht vor der Schöpfung gehört auch zum Maß wissenschaftlichen Wissens und technischen Fortschritts, ohne deren Möglichkeiten zu verneinen.

Mit anderen Worten: Wir müssen eine **neue Balance finden**. Der Mensch als freiheitliches Wesen darf nicht die Möglichkeit seines Könnens zum Richtmaß seines Dürfens machen. Andererseits darf er sich auch nicht wissenschaftlicher Erkenntnis verschließen und seine Möglichkeiten zu Verbesserung menschlicher Lebensumstände ungenutzt lassen.

Vielleicht können wir zu einem neuen, **zukunftsorientierten Verständnis von Schöpfung** finden, das einerseits die Ge-

staltung der Schöpfung gemäß den Talenten des Menschen in Wissenschaft und Technik fördert, andererseits als Korrektiv sich die Tiefendimension der Ehrfurcht bewahrt. Eine solche Haltung würde uns auch vor möglichen, gegenüber unserer Erfahrung ganz anders gelagerten, totalitären Versuchungen des 21. Jahrhunderts schützen, nämlich der Hybris einer schrankenlosen Herrschaft von Wissenschaft und Technik, wie sie Aldous Huxley in „brave new world“ bereits geschildert hat.

Es ist richtig: soviel Veränderung war nie. Aber ich glaube nicht an die ohnmächtige Zwangsläufigkeit von Entwicklungen, sondern daran, dass sie politisch und gesellschaftlich gestaltbar sind und dass es an uns liegt, ob wir das auch tun. ■

Anm.:

Wir geben hier Auszüge aus einer Rede wieder, die der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, vor einem Forum der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg gehalten hat.

Egoismus oder Altruismus?

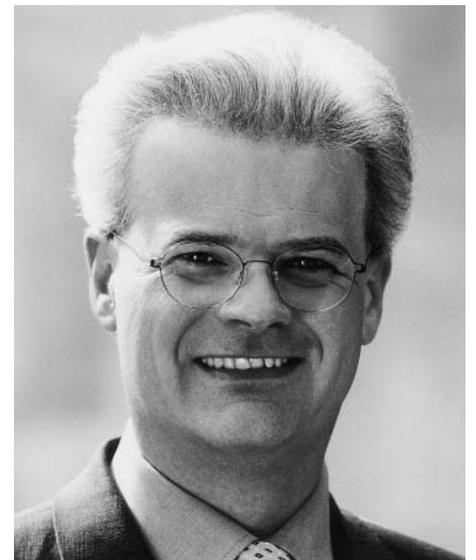
Sind wir auf dem Weg in die Ellenbogengesellschaft?

Christoph Böhr

Zu den seit langem am meisten verbreiteten Vorhaltungen der politischen Linken in Deutschland zählt die Klage, unsere Gesellschaft werde kalt, entbehre mehr und mehr der Solidarität und befinde sich auf dem Weg in die Ellenbogengesellschaft. Sie lasse zu, dass die Starken immer stärker und die Schwachen immer schwächer würden.

Aber ist es tatsächlich so, dass unsere Gesellschaft immer kälter und das Klima immer rauher wird? Was hält am Ende eine Gesellschaft, die mehr denn je individualistisch geprägt ist, zusammen?

In der Tat scheinen sich **Tendenzen der Entsolidarisierung** kaum leugnen zu lassen. Die Jungen stöhnen zunehmend



Christoph Böhr:
Menschen entsprechend ihrer Leistungskraft fordern.

unter der Last, die ihnen von der Rentenversicherung aufgebürdet wird, immer mehr flüchten vor den hohen Belastungen durch Steuern und Abgaben. Oft genug schauen wir einfach weg, wenn auf der Straße am helllichten Tag jemand tätlich angegriffen und zu Boden getreten wird, der Betrug gegenüber dem Finanzamt, der Krankenversicherung, dem Staat wie der Solidargemeinschaft gilt schon lange nicht mehr als verwerflich. Geht die Solidarität vor die Hunde?

Bevor voller Selbstmitleid die Jeremiade des dem Untergang geweihten Abendlandes angestimmt wird, lohnt es sich, einmal die Ursachen und Gründe solcher Entwicklungen zu untersuchen. Dann stellt sich nämlich schnell heraus, dass der Verdross vieler Menschen keinesfalls der Abneigung entspringt, den Schwächeren unserer Gesellschaft zu helfen, sondern verursacht ist durch ein Übermaß von Solidaritätsappellen, die an unser Gewissen rühren sollen – und doch oft das genaue Gegenteil bewirken.

Was hält eine Gesellschaft zusammen?

Was hat zu diesem Niedergang geführt? Und was hält eine Gesellschaft zusammen, wenn die Bereitschaft zur Solidarität immer weniger vorausgesetzt werden kann?

Die Gründe für den Niedergang liegen auf der Hand. Sie haben keineswegs etwas mit einem Wandel von Werteeinstellungen oder einer Veränderung menschlicher Verhaltensweisen zu tun. Vielmehr hat der Niedergang der organisierten Solidarität seinen tieferen Grund in der Art und Weise, wie Menschen erleben, zu welchen Ergebnissen der in der Form von Solidarsystemen organisierte Gemeinschaftsgeist führt.

Leitbild für den Bau einer freiheitlichen Gesellschaft

Diese **Solidarsysteme** haben bei uns ein **Ausmaß an Komplexität** erreicht, das den inneren Risikoausgleich – zum Beispiel zwischen Starken und Schwachen – anonymisiert. Die Leistungsbereitschaft des Leistungstärkeren wird dadurch untergraben. Die Verstimmung, die sich einstellt, wenn eine Steigerung des Leistungs-

fangs zu einem unaufhaltsamen Anstieg der Pflichtbeiträge führt, weckt das Bedürfnis, ein Gleichgewicht zwischen Einzahlungen und Auszahlungen auf eigene Faust herbeizuführen. Also bemüht man sich nach Kräften, die Solidargemeinschaft in Anspruch zu nehmen. Das hat mit einem Verfall von Solidarität nichts zu tun. Solidarität wird zerstört, wenn sich das Gefühl einstellt, mit den eigenen Beiträgen Trittbrettfahrer zu unterstützen, wo hingegen man für sich selbst regelmäßig beobachtet, dass zwischen den erfolgten Einzahlungen und den gewährten Auszahlungen kein Gleichgewicht mehr besteht.

Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft

Altruismus taugt angesichts solcher Probleme nicht als Leitbild für den Bau einer freiheitlichen Gesellschaft. Diese folgt dem **Prinzip der Subsidiarität**, nach der Rechte und Pflichten entsprechend der Leistungskraft eines jeden zugemessen werden. Jeder ist gefordert, aber niemand wird überfordert. Hilfe wird auf der Basis von Gegenseitigkeit gegeben. Und der Zusammenhang zwischen der eigenen Anstrengung und der dafür geleisteten Unterstützung durch die anderen bleibt gewahrt.

Eben dieser Zusammenhang begründet den inneren Zusammenhalt freiheitlicher Gesellschaft, wenn Menschen Tag für Tag erfahren, dass sie entsprechend ihrer Leistungskraft gefordert werden. Wird diese Erfahrung nicht mehr gemacht, verstärken sich die gesellschaftlichen Fliehkräfte.

Heute stehen wir vor der Herausforderung, für das vereinte Deutschland einen Weg in das neue Jahrhundert zu weisen, der die Energien einer globalisierten Wirtschaft für die Weiterentwicklung des Wohlstands auf breiter Basis nutzt. Vieles spricht dafür, dass an die Stelle ehemals materieller Belohnungen, die eine Marktordnung um den Preis oft mühsamer Anstrengung bereithält, jetzt zusätzliche immaterielle Vergütungen treten müssen, weil die Faszination der Wohlstandsmehrung als Anreiz für bestimmte Verhaltensweisen inzwischen verblasst ist. Im Gegenzug hat die Frage nach der moralischen Verlässlichkeit einer Gesellschaftsordnung, die auf Wettbewerb aufbaut, an Bedeutung gewonnen.

Wie nun vermag eine **Ordnung der Freiheit** moralisch erwünschtes Verhalten zu stützen? Zweifellos auch durch Erziehung, Gesetzeszwang und Kontrolle. Vor allem aber stützt eine Ordnung der Freiheit moralisches Verhalten, indem sie die unmittelbare Erfahrung von Glück, Lebenssinn, Erfüllung und Wohlbefinden vermittelt. Ihr Geheimnis liegt darin, dass sie Altruismus und Egoismus miteinander verbindet. Es kommt demnach darauf an, eine Markt- und Wettbewerbsordnung als das zu entdecken, was sie von Anfang an war: Nämlich die freiheitliche Alternative zum fürsorglichen Vater Staat.

Eine Markt- und Wettbewerbsordnung ist jedoch noch mehr: Sie ist eine moralische Institution, die nur dem Erfolg verspricht, der die Erwartungen anderer erfüllt – und gerade damit seinem eigenen Interesse folgt. Gemeinwohl und Eigeninteresse werden miteinander verknüpft. Diese Verbindung ist nicht das Ergebnis geheimnisvoller Kräfte, sondern erwächst aus der Ordnung des Marktes, nämlich seinen auf Ausgleich bedachten Regeln. Die sittliche Leistung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung besteht darin, dass sie die persönliche Vorteilnahme nur in Abstimmung mit anderen ermöglicht.

Für die CDU bedeutet dies die Rückbesinnung auf **das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft**. Erhards Modell verbindet vermehrte Eigenverantwortung und freiheitliche Lebensordnung mit einer sozialen Abfederung der Markt- und Wettbewerbsordnung. Somit werden die zum gesellschaftlichen Umbau notwendigen Kräfte freigesetzt, ohne dass den Menschen das Gefühl der Sicherheit genommen wird.

Angst wäre ein schlechter Ratgeber angesichts der großen Veränderungen, die wir erleben. Gerade deshalb lohnt es, sich vor Augen zu führen, dass soziale Marktwirtschaft eben dieses Ziel verfolgt: Den Menschen frei zu machen für eine Ordnung des Wettbewerbs, weil niemand Angst haben muss, am Ende ausgegrenzt zu werden. ■

Anm.:

Christoph Böhr, MdL, Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, leitet zusammen mit Minister Dieter Althaus, MdL, die Wertekommission der CDU.

Soziale Marktwirtschaft – Renaissance im 21. Jahrhundert

Tamara Zieschang

Auch wenn das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft den Grundstein für das deutsche Wirtschaftswunder, den weltweiten Erfolg von „Made in Germany“-Produkten und damit unseren heutigen Wohlstands gelegt hat, ist es – von Lippenbekenntnissen einmal abgesehen – seit den 70er Jahren permanent verwässert worden. An die Stelle der sparsamen Haushaltspolitik der ersten Jahre der Bundesrepublik trat eine expansive Ausgabenpolitik und Verschuldung des Staates, die nur in den 80er Jahren eine kurze Unterbrechung fand; während der Staat seine aktiven Eingriffe in den Markt durch die umfangreiche Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige ausdehnte, wurden zugleich die Leistungen in allen sozialen Sicherungssystemen beträchtlich ausgebaut.

Sozialstaat oder Wohlfahrtsstaat?

Die Ergebnisse der Ausweitung der Staatstätigkeit sind bekannt: Die Zahl der Arbeitslosen stagniert von saisonalen Schwankungen abgesehen auf hohem Niveau, allein im Jahre 1999 war jede siebte Erwerbsperson ohne einen regulären Arbeitsplatz, die Steuer- und Beitragslast für die sozialen Sicherungssysteme befindet sich auf einem Höchststand und eine einschneidende Kehrtwende dieser chronischen Aufwärtsentwicklung ist nicht in Sicht. Steuern, die auf der einen Seite vorsichtig gesenkt werden, holt sich der Staat durch die Erschließung neuer Steuerquellen auf einer anderen wieder.

Bei den sozialen Sicherungssystemen ist es nicht anders, Töpfe werden hin und hergeschoben, Umverteilung hat Konjunktur, aber dem eigentlichen Problem, dass die **Beitragsexplosion bei der Renten- sowie Krankenversicherung** angesichts der demographischen Ent-

wicklung absehbar ist – Deutschland wird im Jahre 2035 die älteste Bevölkerung der Welt haben –, wird nicht entschieden genug entgegengetreten. Wegen der hohen Staatsverschuldung verschlingt die Zinslast schon heute nahezu 16 Prozent der Steuereinnahmen. Alles das macht offenkundig, dass der Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland längst zum **unbeweglichen**, wirtschaftliche Dynamik erstickenden **Wohlfahrtsstaat** mutiert ist und sich aus der selbst geschaffenen Steuer- und Beitragserhöhungsfalle nur schwer zu befreien weiß.

Rückbesinnung auf die Wurzeln

Dies mahnt zur Rückbesinnung auf die Grundlagen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, denn nicht in der Sozialen Marktwirtschaft selbst, sondern in der Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien ist die Ursache für heute bestehende wirtschaftliche Probleme zu suchen. Diese Erkenntnis und nicht die Suche nach „dritten Wegen“, die doch nur in die Dritte Welt führen, wie Tyll Necker einmal treffend ironisch bemerkte, ist der erste Schritt in Richtung auf mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und damit 'Wohlstand für alle'. Also: Das 21. Jahrhundert muss im Zeichen einer Rückbesinnung auf die Wurzeln und Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft stehen.

Die deutschen **Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft** liegen in Freiburg, wo sich Anfang der 30er Jahre Nationalökonom, Juristen und Sozialwissenschaftler zum interdisziplinären Dialog fanden und um die Ausgestaltung einer freiheitlichen Wirtschafts- und Staatsordnung rangen. Ordoliberaler um Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke und Alexander von Rüstow, die Begründer der **'Freiburger Schule'**, wie auch der 'Spätfreiburger' Friedrich A. von Hayek legten das geistige Fundament, auf dem

Ludwig Erhard als Bundeswirtschaftsminister und späterer Bundeskanzler gemeinsam mit seinem engen Mitstreiter Alfred Müller-Armack aufbauen konnte. Der nationalsozialistischen Diktatur zum Trotz, mit der alle in Konflikt gerieten und manchem nur noch der Weg ins Exil blieb, bestand der Kontakt unter den 'Freiburgern' fort, das gemeinsame Streben nach einer freiheitlichen Ordnung verband auch unter schwierigsten Bedingungen, bestätigte sie nur in ihrem Tun.

So fanden seit 1938 regelmäßige Treffen im Rahmen des sog. Freiburger Konzils mit Theologen der Bekennenden

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):
Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft - Grundsätze, Erfahrungen und neue Aufgaben.
 Mit einem Vorwort von
Bundesminister a.D.
Dr. Gerhard Stoltenberg
 30 Seiten, St. Augustin 1999

„Soziale Marktwirtschaft beruht im anthropologischen Verständnis auf der Vorstellung freier und moralisch geprägter Menschen in einem demokratischen Rechtsstaat. Ohne feste Normen und Wertentscheidungen, ohne Gemeinsinn und rechtsstaatliche Prinzipien kann die effizienteste Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht zu einer „freien, glücklichen, wohlhabenden, gerechten und geordneten Gesellschaft“ führen, wie sie Wilhelm Röpke mit Ludwig Erhard und anderen bedeutenden Denkern und Gestaltern der Gründungsgeneration anstrebte. Das gilt auch für die Zukunft, jenseits von Angebot und Nachfrage.“

Diese Broschüre kann kostenlos beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU unter Tel.: 0228/544-302 oder Fax: 0228/544-586 bestellt werden.

Kirche statt, die erst nach der Niederschlagung des 20. Juli 1944 ihr Ende fanden. Auf Anregung des Berliner Pfarrers Dietrich Bonhoeffer verfassten die 'Freiburger' 1942/43 die Denkschrift 'Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbestimmung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit' – ein eindrucksvolles Zeugnis des „ändern Deutschland“ wie Helmut Thielicke, jüngstes Mitglied des Freiburger 'Bonhoeffer-Kreises', Jahre später schrieb.



„Kopf hoch!“ Leicht gesagt, mühsam getan für alle, die immer nur gelernt haben, sich zu ducken. Selbstachtung fällt schwer, wenn man andauernd missachtet, getreten, ausgegrenzt und ausgebeutet wird. Ob Frauen, Kinder oder benachteiligte Bevölkerungsgruppen – „Brot für die Welt“ stärkt Schwachen den Rücken, damit sie leichter den Kopf heben können, z.B. in Indien den Dalits. Auch Dank unserer Hilfe lernen die „Unberührbaren“ sich wieder selbst zu achten und sich gegen das Kastenwesen zu wehren. Mit zunehmendem Erfolg.

Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart

Brot
für die Welt

Postbank Köln
500 500-500 BLZ 370 100 50

In der **Denkschrift** ist angelegt, was zum Inbegriff der Freiburger Schule werden soll: die radikale Absage an jede Form eines autoritären Staatswesens und zentral gesteuerten Wirtschaftssystems sowie das leidenschaftliche Bekenntnis zum freiheitlichen Rechtsstaat und zur Marktwirtschaft. Die Wirtschafts- und die Staatsordnung werden als Einheit betrachtet, deren Verwirklichung als freiheitliche Ordnung jeweils voraussetzt, dass Zusammenballungen von wirtschaftlicher Macht auf dem Markt und staatlicher Macht im Keim erstickt werden. Während dies im Staat die Verfassung mit den Grundrechten, die als Freiheits- und damit Abwehrrechte gegen den Staat ausgestaltet sind, garantiert, übernimmt diese Aufgabe in der Wirtschaftsordnung der Wettbewerb.

Wirtschaftsordnung und Wettbewerb

Die (ideale) Wettbewerbsordnung ist die einzige Wirtschaftsordnung, die frei von jeglicher Herrschaft ist, in der sich Marktteilnehmer als Gleichberechtigte gegenüberstehen und in der Abhängigkeiten nicht be-, noch entstehen, da jeder zwischen alternativen Handelspartnern und Bezugsquellen wählen kann. So wie sich jeder von Telefonat zu Telefonat entscheiden kann, mit welchem Telefonanbieter er das nächste Gespräch führt, so kann jeder ebenso frei wählen, wo er morgens das (aus seiner Sicht) beste und günstigste Brot einkaufen geht. Doch nicht überall besteht diese Freiheit der Wahl: bei dem Kauf eines Betriebssystems von Microsoft liefert Bill Gates seinen Internet-Browser (noch) gleich mit, auch wenn der Kunde sich lieber für einen von Netscape entschieden hätte, die Post-AG verteidigt ihre Monopolstellung in einigen Bereichen eisern und die Liberalisierung des Strommarktes schreitet zum Nachteil des Verbrauchers nur langsam voran.

Dort, wo private und staatlich unterstützte Marktmacht besteht, büßt die Wettbewerbsordnung ihre Funktionsfähigkeit ein, es stehen sich nicht mehr Gleichberechtigte auf dem Markt gegenüber. Dies gilt vor allem dann, wenn die Machtstellung auf dem Markt nicht Ergebnis und Ausdruck des Leistungswettbewerbs ist, sondern auf Umständen beruht, die eine Umkehrung der Marktverhältnisse mittels des Wettbe-

werbs untergraben bzw. unmöglich machen. Die Marktmacht des einen bedeutet Einschränkung der Wahl des anderen, jede Form von Marktmacht schränkt Freiheit von Konkurrenten wie Verbrauchern ein. Aufgabe des Staates ist es daher, die **Freiheit der Marktbürger zu schützen**, indem der Wettbewerb durch ein effizientes Kartell- und Wettbewerbsrecht vor Verzerrungen und Verfälschungen geschützt wird.

Refeudalisierung

Doch es ist zu kurz gegriffen, nur in Monopolen, Oligopolen oder anderen Formen marktbeherrschender Stellungen **Bedrohungen für den Wettbewerb** zu sehen. Die gleiche Gefährdung für die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen geht von organisierten Interessen aus, die für sich und ihre Klientel zu Lasten Dritter wirtschaftliche Vorteile erstreiten wollen, indem sie den Staat zu korrigierenden Eingriffen in den Wettbewerb und damit letztlich zu Umverteilungsmaßnahmen zu Gunsten der eigenen Klientel ermuntern wollen. Der ordoliberalen CDU-Politiker und Bundestagsabgeordnete Franz Böhm hat den wachsenden Einfluss von Interessengruppen als „Refeudalisierung einer freien Gesellschaft“ (in moderner Diktion die rent-seeking society) umschrieben. An die Stelle von Feudalherren und Ständen, die ihre Vorrechte gegenüber den Bürgern durchzusetzen wussten, sind nunmehr Interessengruppen getreten, die für sich wirtschaftliche Vorteile nicht durch mehr Leistung im Wettbewerb, sondern außerhalb des Leistungswettbewerbs mittels staatlicher Hilfe erstreben.

Wie erfolgreich die organisierten Interessen agieren, zeigt nicht zuletzt das Bündnis für Arbeit, wo einige wenige Interessenvertreter weitreichende Entscheidungen treffen und zwar regelmäßig zu Lasten derer, die nicht vertreten sind – die Steuer- und Beitragszahler sowie Arbeitslose. So werden Zuständigkeiten verwischt, die Politik stiehlt sich zunehmend aus ihrer Verantwortung, indem sie wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen auf mehrere Schultern abwälzt und sich weitgehend der parlamentarischen Kontrolle entzieht.

Dem Staat und damit seinen gewählten Organen, neben dem unabhängigen Bundeskartellamt als Hüter des Wettbewerbs, die Verantwortung für die Gestaltung des äußeren Rahmens einer Wettbewerbsordnung zu überantworten, um allein deren Funktionsfähigkeit zu sichern, nicht aber korrigierend in das Marktgeschehen einzugreifen, ist also mit Risiken behaftet. Denn kaum ein Politiker handelt anders als der Marktbürger, nämlich im eigenen Interesse. Die Wiederwahl und damit die Sicherung der eigenen wirtschaftlichen Existenzgrundlage ist das nähere Hemd als die Funktionsfähigkeit einer abstrakten Ordnung, die zwar im Ergebnis allen nützt, deren Auswirkungen aber nicht unmittelbar sichtbar sind.

Anstatt entschieden für den Wettbewerb, der gerechte Ergebnisse hervorbringt, weil er Leistung belohnt und – wie beim Sport – hinsichtlich des Ergebnisses offen ist und insofern kein starres, sondern für jedermann offenes Verfahren ist, welches zur Leistung anspornt, wird allzu eifertig den organisierten Interessen Gehör geschenkt. Zur Rechtfertigung der daraus folgenden Umverteilungspolitik wird auf scheinbar plakative Begriffe, wie den der sozialen Gerechtigkeit, zurückgegriffen. Was darunter zu verstehen ist, beantwortet jeder anders, schlimmer noch, er suggeriert das Versprechen, absolute Gerechtigkeit schaffen zu können – ein Versprechen, das niemand zu erfüllen weiß.

Soziale Gerechtigkeit

Die Ambivalenz des Begriffs der **sozialen Gerechtigkeit** kann kaum treffender als mit den Worten von Friedrich Dürrenmatt beschrieben werden: „Der Prophet Mohammed sitzt in einer einsamen Gegend auf einem Hügel. Am Fuße des Hügelns befindet sich eine Quelle. Ein Reiter kommt. Während der Reiter sein Pferd trinkt, fällt ihm ein Geldbeutel aus dem Sattel. Der Reiter entfernt sich, ohne den Verlust des Geldbeutels zu bemerken. Ein zweiter Reiter kommt, findet den Geldbeutel und reitet damit davon. Ein dritter Reiter kommt und trinkt sein Pferd an der Quelle. Der erste Reiter hat inzwischen den Verlust des Geldbeutels bemerkt und kehrt zurück. Er glaubt, der dritte Reiter habe ihm das Geld gestohlen, es kommt zum Streit. Der erste Reiter

Sonntagsöffnung in Rostock und Schwerin untersagt

Schwerin. Im Streit um die Bäderregelung in Mecklenburg-Vorpommern haben die Kirchen einen weiteren Teilerfolg erzielt. Das Schweriner Verwaltungsgericht untersagte in einem Eilverfahren den Geschäften im Einzugsbereich der katholischen Christusgemeinde in Rostock und der evangelischen Paulskirche in Schwerin die weitere Öffnung an Sonntagen und Feiertagen. Zur Begründung verwies das Gericht darauf, dass die Bäderregelung des Landes „augenscheinlich rechtswidrig und nicht mit Bundesrecht vereinbar ist“.

Die beteiligten Kirchen forderten nach dem Urteil die Landesregierung auf, „nun endlich die richtigen Konsequenzen „ zu ziehen und die Bäderregelung insgesamt zurückzunehmen. Es müsse wieder „Rechtsklarheit, Wettbewerbsgleichheit und ein rechtmäßiger Zustand in Mecklenburg-Vorpommern einkehren“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der evangelischen und der katholischen Kirchen im Lande. Der Sonntag sei ein hohes Gut. Ihn als Ruhetag zu bewahren, sei für die gesamte Gesellschaft wichtig (aus: epd).

tötet den dritten Reiter, stutzt, wie er keinen Geldbeutel findet, und macht sich aus dem Staube. Der Prophet auf dem Hügel ist verzweifelt. 'Allah', ruft er aus, 'die Welt ist ungerecht. Ein Dieb kommt ungestraft davon, und ein Unschuldiger wird erschlagen!' Allah, sonst schweigend, antwortet: 'Du Narr! Was verstehst Du von meiner Gerechtigkeit! Der erste Reiter hatte das Geld, das er verlor, dem Vater des zweiten Reiters gestohlen. Der zweite Reiter nahm zu sich, was ihm schon gehörte. Der dritte Reiter hatte die Frau des ersten Reiters vergewaltigt. Der erste Reiter, indem er den dritten erschlug, rächte seine Frau.' Dann schweigt Allah wieder. Der Prophet, nachdem er die Stimme Allahs vernommen hat, lobt dessen Gerechtigkeit.“

Die Menschen sind nicht allwissend – **absolute Gerechtigkeit** auf Erden ist eine **Illusion**. Anstatt Tagträumen hinterher-

zulaufen, bleibt ihnen nur, sich Verfahren zu unterwerfen, deren Ergebnisse sich an objektiven Kriterien messen lassen und demzufolge jeder akzeptieren kann. Der Wettbewerb ist ein solches Verfahren, das wir in der Schule und Ausbildung, wo Leistung benotet wird, oder beim Sport wie selbstverständlich akzeptieren und dem wir im Wirtschaftsleben oftmals mit Vorbehalten begeben.

Das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und damit zu einer von staatlichen Interventionen weitgehend freien Wettbewerbsordnung beinhaltet nicht eine Absage an ein System der sozialen Sicherung. Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist es, die soziale Sicherung so auszugestalten, dass sie mit der Marktwirtschaft konform geht und nicht deren Grundpfeiler schleichend erodiert. Die Sozialpolitik ist nicht anderen Gesetzen unterworfen als die Wirtschaftspolitik auch: **Wettbewerb und Eigeninitiative** sind ebenso Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialpolitik wie Leistung und Verantwortung. Gelten andere Prinzipien, so ist das bewusste Fehlverhalten („moral hazard“) von Arbeitnehmern, Unternehmen und Tarifpartner vorprogrammiert, indem sich jeder nur zum eigenen Vorteil sozialstaatlicher Leistungen bedient. Und nicht zuletzt gilt auch in der Sozialpolitik, Gerechtigkeit nicht als Ergebnis- oder Verteilungsgerechtigkeit, sondern als Verfahrens- oder Leistungsgerechtigkeit zu verstehen.

Die aktuellen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, bei den sozialen Sicherungssystemen und den Staatsfinanzen können nur erfolgreich angegangen werden, indem die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft wieder bewusst gemacht werden. Eine **Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft** beinhaltet den Ruf nach weniger staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftsablauf und dem Zurückdrängen der organisierten Interessen zugunsten einer schweigenden Mehrheit, das Aufbrechen verkrusteter Strukturen und mehr Freiheitsräume für den Einzelnen – mit einem Wort (und ganz im Erhardschen Sinne): Wohlstand durch mehr Wettbewerb. ■

Anm.:

Tamara Zieschang ist Kreisvorsitzende des EAK-Bonn.

Modernisierung oder altes Denken?

Die Herausforderung der Union durch das Schröder-Blair-Papier

Klaus Weigelt

Der erste Sturm um das sog. Schröder-Blair-Papier hat sich gelegt. Wir erinnern uns an die teils besorgten, teils wütenden Kommentare aus den eigenen Reihen der Sozialdemokratie, an den selbstbewussten Hinweis des französischen Ministerpräsidenten Jospin auf den richtigen und unbeirrbaren Weg der Sozialisten in Frankreich und an die beunruhigten Reaktionen aus den Reihen der Christlichen Demokraten in Deutschland, die ihr Monopol als Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft gefährdet sahen.

Und nun? War alles nur ein Sturm im Wasserglas? Hat sich die SPD – insbesondere nach der Holzmann-Affäre – mit ihrem Kanzler versöhnt, ihm bei der Wiederwahl zum Parteivorsitzenden mit einem überzeugenden und überwältigenden Vertrauensbeweis verziehen, und ist nun alles wieder in Ordnung? Oder haben die jüngsten politischen Ereignisse die vorhandenen grundsätzlichen Meinungsunterschiede nur überdeckt? Haben wir also bei nächster Gelegenheit wieder mit Eruptionen auf nationaler und internationaler Ebene zu rechnen?

Die folgenden Überlegungen versuchen zu zeigen, dass die Sozialdemokratie, die sich im neuen Kleid des Schröder-Blair-Papiers der Öffentlichkeit präsentiert, sich in ihrem Kern treu bleibt, also die Grundsatzzpositionen von vor 40 Jahren vertritt, das **Godesberger Programm**, **moderner gefasst**, mit liberaler Rhetorik vorgetragen.

Viele Herzen schlagen dauerhaft links

Erinnern wir uns: die Sozialdemokratie hat während der letzten hundert Jahre in ihrem Kampf um die politische Mitte zwei große Schlachten zu schlagen gehabt, in denen sie z.T. heute noch steht. Auf der einen Seite musste sie sich spätestens seit der Revisionismusdebatte im Anschluss an Überlegungen von Eduard Bernstein



Klaus Weigelt:
Dennoch: es bleibt die alte Sozialdemokratie!

(1850 - 1932) gegen revolutionäre Kräfte in ihren eigenen Reihen zur Wehr setzen, um die „Weiterbildung von Theorie und Praxis der Sozialdemokratie im evolutionistischen Sinn“ zu gewährleisten. Das bedeutete den Bruch mit Kommunismus und leninistisch-stalinistischem Bolschewismus, wenngleich bis zum heutigen Tage die Gesprächs- und teilweise sogar Kooperationsbereitschaft in diese Richtung (vgl. SED, PDS) nie abgebrochen ist. Viele Herzen schlagen eben dauerhaft links.

Auf der anderen Seite sah sich die Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg in der neu entstehenden deutschen Demokratie vor allem durch christlich-demokratische und liberale Parteien im Wettbewerb um die positive Gesellschaftsgestaltung der Bundesrepublik herausgefordert. Nachdem sich schon bald zeigte, dass die Soziale Marktwirtschaft sich durchsetzen würde, verkündete die SPD im „**Dortmunder Aktionsprogramm**“ 1952 die Anerkennung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln und ein Bekenntnis zum Wettbewerb nach der Formel

„Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig“ (Karl Schiller).

Nach Dortmund – und das gilt auch für Godesberg – muß der Beobachter der SPD von dem Unterschied von Ziel und Mittel ausgehen; man könnte auch sagen: von Strategie und Taktik. „Das Ziel einer sozialistischen Wirtschaftspolitik ist unverändert geblieben. Die Mittel zur Erreichung dieses Zieles müssen aber den wechselnden Bedingungen angepasst werden. Zu diesen ... gehören auch die Fortschritte in Technik und Wissenschaft.“ (Vgl. Willi Eichler, Heinz Junker, Gerhard Wuthe: Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen des Demokratischen Sozialismus, in: Menschenwürdige Gesellschaft, Verlagsgesellschaft Rudolf Müller, Köln-Braunsfeld 1963, S. 307).

An dem Ziel sozialistischer Wirtschaftspolitik gemessen ist Anfang der 60er Jahre die **Soziale Marktwirtschaft** ein „Interventionismus“ auf der Grundlage des Neo-Liberalismus (S. 303). Heute, aus der Perspektive des Schröder-Blair-Papiers, sind die zwei vergangenen Jahrzehnte der Kohl-Regierungen als „neoliberales Laissez-faire“ zu bewerten. Erstaunlich ist, dass demgegenüber die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer ganz anderen Einschätzung gelangt. Der „als sozial definierten Marktwirtschaft“ sei es über Jahrzehnte gelungen, „die unterschiedlichen Ziele doch auf einem gemeinsamen Wege zu verfolgen, und damit eine von der Gesellschaft akzeptierte Balance zu erhalten.“ (Die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig machen, Bonn 1999, S. 15). Jetzt gehe es darum, „Reformvorschläge zu entwickeln für ein krisenfestes Modell Deutschland“ (S. 16).

Abgrenzung nach links?

So uneins also Sozialdemokraten und Sozialisten in der Bewertung ihrer **Abgrenzung nach links** sind – dieser Begriff spielt im Schröder-Blair-Papier eine zentrale Rolle – so uneins sind sie auch in der **Einschätzung der Sozialen Marktwirtschaft** als des eigentlichen Steines des Anstoßes für ihre sozialistische Wirtschaftspolitik als Zukunftsmodell. Auf der einen Seite suchen sie dieses Konzept als neoliberalen Kapitalismus zu brandmarken, um sich davon zu distanzieren; auf der anderen Seite bescheinigen sie dem „Auslauf-

modell“ große Verdienste und machen Reformvorschläge für seine „Zukunftsfähigkeit“, um sich mit ihm identifizieren zu können.

Wie ist diese Ambivalenz aus der Perspektive des Schröder-Blair-Papiers zu beurteilen? Was sollten Christliche Demokraten beachten, lernen und politisch für sich und ihre Reformpolitik nutzbar machen?

Papier mit beachtlicher Selbstkritik

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es sich um ein sehr bemerkenswertes Papier handelt, das seinen Wert auch nach einem halben Jahr – es wurde am 8. Juni 1999 der Presse vorgestellt – noch nicht verloren hat. Es vereinigt eine beachtliche **Selbstkritik** (wie sie in der Union bisher leider nur in Spurenelementen zu entdecken ist) mit einem klaren traditionellen, also sozialistischen Wertbezug **und neuen Visionen** und Programmen. Dieser letzte Punkt wird als Modernisierung besonders betont. Das alles ist sehr positiv zu bewerten und hat darum auch zu Recht die Gemüter bewegt.

Erstaunlich ist, dass wichtige, ja zentrale Probleme in dem Papier gar nicht zur Sprache kommen. So ist das Thema Arbeitslosigkeit kein wirkliches Anliegen von Schröder und Blair; auch scheuen sie ganz offensichtlich ein klares Wort gegenüber den Gewerkschaften und ihrer Verantwortung in der Gesellschaft. Dafür treten erstmals **Unternehmer und Mittelstand** in ein für die SPD ungewöhnlich positiv ausgeleuchtetes Umfeld, und in den Vorschlägen für Bildung und Ausbildung, die Reform der öffentlichen Verwaltung, Steuern und Sozialversicherung finden sich eine Reihe von bedenkenswerten Ansätzen und Ideen. Das Ganze ist in einer offenen und frischen Sprache verfasst, völlig anders als sonstige trockene politische Programme. Durchaus progressiv und sympathisch.

Dennoch: es bleibt die alte Sozialdemokratie. Hinter dem gleißenden neuen Schleier verbergen sich die bekannten Wahrheiten. Das ist kein Haar in der Suppe, das es hier zu finden gilt, sondern der Befund nach eingehender Prüfung. Es geht um die traditionellen **Unterschiede zwischen Christlichen De-**

mokraten und Sozialdemokraten, die es heute nach Auffassung vieler nicht mehr geben soll, die sich aber doch in diesen Fragen konkretisieren:

- Welche Rolle spielt der Mensch mit seinen Wünschen und Zielen im Verhältnis zu Gruppen und Kollektiven? Welche Moral – die der verantwortlichen Person oder die von Korporationen – hat Vorrang?
- Welche Aufgaben hat der Staat, die Regierung? Wie steht es um sein Verhältnis zur Gesellschaft? Welchen Rahmen spannt er zwischen Freiheit und Gleichheit? Wie ist er definiert?

Geht man den Text anhand dieser beiden einfachen Fragen durch, dann sieht man sehr schnell, dass man sich in einem ganz normalen sozialdemokratischen Programm bewegt. Das allgegenwärtige „Wir“ im Text schlüpft unversehens in die Gestalt der „Regierung“, der „Politik“, des „Staates“, der „Linken“, der „Programme“ oder gibt sich auch ganz distanziert anonym, wie im „müssen sich anpassen“ bzw. „wird modernisiert“. Vielleicht ist die dadurch entstehende Unklarheit darüber, wer hier eigentlich mit welcher Kompetenz spricht, gar nicht beabsichtigt.

Der „Wir“-Gedanke

Aber es wird transparent, dass für andere gedacht wird, der bekannte Avantgarde-Gedanke: „Wir wollen allen Gruppen ein Angebot unterbreiten, sich in die gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwohl einzubringen.“ Und wer nicht mitmacht, weil er diese Art der gemeinsamen Verantwortung nicht für eine solche hält, der wird zum Spielverderber degradiert, vgl. das Scheitern des sog. Bündnis für Arbeit. Das „Wir“ hat einen kollektiv-verpflichtenden Charakter.

Menschen kommen im Schröder-Blair-Papier überall vor, meistens im Plural (die Menschen) oder in ihrer Gruppenzugehörigkeit als Wähler, Bürger, Arbeitnehmer, Unternehmer, künftige Generationen, Beschäftigungslose, Wir (= alle), Sozialpartner, Jugendliche, Familien, gering Qualifizierte etc. Ihre Beziehungen zueinander werden nicht analysiert, fast möchte man sagen, weil sie durch die herrschende Produktionsweise

Evangelische Kirche zeichnet 13 Unternehmen mit ARBEIT PLUS 1999 aus

Köln. Für vorbildliche Beiträge zur Beschäftigungs- und Personalpolitik hat der Ratsvorsitzende der EKD, Präses Manfred Kock, 13 deutsche Unternehmen mit dem Siegel ARBEIT PLUS 1999 ausgezeichnet. Es geht an Firmen aus Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistung unterschiedlicher Größe, die sich in beispielhafter Weise arbeitsmarktpolitisch engagieren. Prämiert wird das Handeln von Unternehmensleitungen und Betriebsräten, die dem Erhalt von Arbeitsplätzen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze besonderes Gewicht beimessen und damit im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit einen eigenständigen Beitrag leisten.



Informationen für die Aktion ARBEIT PLUS 2000 sind erhältlich beim: Institut für Wirtschafts- und Sozialethik, Frankfurt/Main, Tel. 069/242477-20, Fax -27.

vorgegeben sind. Und diese muß „ein aktiver Staat in einer neu verstandenen Rolle“ reformieren, indem er „einen zentralen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung“ leistet, in einem „auf den heutigen Stand gebrachten wirtschaftlichen Rahmen“. Es geht also um den Stand der Produktionsverhältnisse.

Der **Staat** behält im Schröder-Blair-Papier – nur zurückhaltender formuliert als bei Jospin, aber nicht weniger eindeutig – **seine beherrschende Position**: „Moderne Sozialdemokraten sind keine Laissez-fai-

re-Neoliberalen. Flexible Märkte müssen mit einer neu definierten Rolle für einen aktiven Staat kombiniert werden. Erste Priorität muß die Investition in menschliches und soziales Kapital sein.“ Hier gewinnt auch der Instrumentalcharakter des Menschen für die sozialistische Wirtschaftspolitik unverblümt eine klare Gestalt: „Daher besteht die wichtigste Aufgabe der Modernisierung darin, in Humankapital zu investieren, um sowohl den einzelnen als auch die Unternehmen auf die wissensgestützte Wirtschaft der Zukunft vorzubereiten.“ Die Nützlichkeitsfunktion des Menschen für die Wirtschaft ist ein zentrales Thema des Schröder-Blair-Papiers.

Wenige Seiten später heißt es: „Der Staat muß die Beschäftigung aktiv fördern und nicht nur passiver Versorger der Opfer wirtschaftlichen Versagens sein.“ Hier wäre ein eigener Exkurs notwendig, weil das Papier zwar Marktversagen kritisiert, ohne das Marktgeschehen und seine Ordnung angemessen zu erkennen und zu würdigen, aber von Staatsversagen kaum eine Vorstellung hat, wenn man von der selbstkritischen Bemerkung über das „Vertrauen auf deficit spending und unbeholfene (heavy-handed) Staatsintervention“ in den 70er Jahren einmal absieht. Stattdessen wird unkritisch von „realistischer und vorausschauender Politik“ („État providence“ bei Jospin) gesprochen und von der Anpassung an „objektiv veränderte Bedingungen“. Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

Dritter Weg oder Neue Mitte?

In dem bereits erwähnten Artikel aus dem Jahre 1963 heißt es. „Eine lange Kette von Erfahrungen mit dem einen wie mit dem anderen Extrem führte dazu, dass die Sozialisten den mittleren Weg suchten. Eduard Heimann nannte ihn den „optimalen Kompromiss zwischen Freiheit und Ordnung“. Es geht darum, einen **dritten Weg** zu finden in eine Ordnung, welche die gefährliche Anarchie des Laissez-faire-Kapitalismus – auch in der spät-kapitalistischen Ausprägung – überwindet, ohne in die Unfreiheit totalitärer Systeme zu verfallen“ (S. 306).

Das Thema – ob nun Dritter Weg oder Neue Mitte – ist also nicht neu, und die Aufregung war auch ein Symptom der

Vergesslichkeit in der Politik. Aber die Herausforderung für die Union stellt sich heute neu. Es ist gut und richtig, dass die **CDU-Wertekommission** eine „Orientierung am Grundgesetz“ vorgelegt hat, aber eine klare Aussage zur christlichen Auffassung vom Menschen findet man in dieser „Orientierung“ leider nicht, obwohl die Präambel des Grundgesetzes diese als einen besonderen Thesaurus bereit hält.

Und es geht darum, **den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialer Marktwirtschaft**, gerade im Vergleich mit einem Papier wie dem von Schröder und Blair, zweifelsfrei **neu herauszuarbeiten** und dabei insbesondere die sozialen Wirkungen einer rechtsstaatlich verfassten Marktwirtschaft zu betonen, die von vielen gelehrt, aber jetzt sogar von der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung anerkannt werden. Hier droht mehr Gefahr als von Seiten des Schröder-Blair-Papiers.

Das einmalige Kapital der Union besteht in der christlichen Auffassung vom Menschen und in der langen Tradition einer von allen Menschen in ihren Grundelementen verstehbaren Marktwirtschaft. Man kann diese beiden Pfeiler christlich-demokratischer Programmatik auch mit Vernunft und Solidarität beschreiben, oder christlich: Logos und Liebe, wie es Kardinal Ratzinger am 8. Januar 2000 in der FAZ dargelegt hat. Darin liegt genügend Zündstoff, um mit Papieren fertigzuwerden, deren Geist immer noch aus dem 19. Jahrhundert beeinflusst ist, trotz aller „Modernisierung“. Und es liegt darin ausreichend Stoff für phantasievolle Zukunftsgestaltung durch die Union. ■

Anm.:

Klaus Weigelt, leitender Mitarbeiter in der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist Mitglied im Bundesvorstand des EAK der CDU/CSU.

Zivildienst als Auslaufmodell? Herausforderungen für die Diakonie

Jürgen Gohde

27.238 von bundesweit insgesamt 152.849 jungen Männer leisteten zum 15.09.1999 ihren dreizehnmonatigen Zivildienst in 8.463 Beschäftigungsstellen in Kirche und Diakonie ab. Damit sind Diakonie und Kirche der zweitgrößte Anbieter von Zivildienststellen für junge Männer. Rund dreiviertel der Zivildienstleistenden sind im direkten Dienst am Menschen, d.h. in Betreuung und Pflege, im Krankentransport und Rettungswesen sowie in der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung und den Mobilien Sozialen Hilfsdiensten eingesetzt.

Trotz des Pflichtcharakters des Zivildienstes, trotz der oft schwierigen Situation, mit Leiden, Behinderung, Sterben und Tod umzugehen, und auch wenn mancher junge Mann mit sich und seiner Lebensgestaltung Probleme hat,

leistet die große Mehrheit der Zivildienstleistenden einen engagierten und äußerst hilfreichen Dienst.

Kürzungen im Zivildienst

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) muss entsprechend der 7,4%-igen Sparvorgabe des Zukunftsprogramms „Deutschland erneuern“ der Bundesregierung 880 Millionen DM für das Jahr 2000 einsparen. Dreiviertel dieser Summe, 660 Millionen DM, hat der im BMFSFJ ressortierende Zivildienst zu tragen. In den Jahren 2000-2003 ist für den Zivildienstbereich insgesamt ein Sparvolumen von 3,8 Milliarden DM vorgesehen. Der **Etat** wird dann um rund **40% geschrumpft** sein.

Für die Dienstleistenden werden zukünftig nur noch 60% statt bisher 80% der Bezugsgröße als Rentenversiche-

rungsbeiträge abgeführt – der Bund erwartet sich davon eine Einsparung in den Jahren 2000 bis 2003 von rund einer Milliarde DM. Gleichzeitig wird mit der Ableistung von Zivil- und Wehrdienst sowie eines Referendariats zukünftig kein Anspruch mehr auf originäre Arbeitslosenhilfe erworben. Der Mitteltransfer an die Einsatzstellen wird in den nächsten vier Jahren um 2,7 Milliarden DM sinken:

- durch die Kürzung der Dienstzeit von 13 auf 11 Monate (ab 01.07.2000);
- durch eine um etwa 720 DM pro Zivildienstleistendem direkte Mehrkostenbelastung der Beschäftigungsstellen, die schon jetzt zwischen 60-80% der jährlichen Kosten pro Zivildienstleistenden von bislang etwa 15-23.000 DM selbst tragen müssen (ab 01.01.2000);
- durch die vorgesehene Reduzierung der Zahl der durchschnittlich im Dienst befindlichen Zivildienstleistenden von 140.000 (1999) auf 110.000 (2003).

Die Folgen der Kürzungen

Kirche und Diakonie haben stets eine gleichlange Dienstzeit von Wehr- und Zivildienstleistenden gefordert. Durch die jetzige Verkürzung wird dieses Ziel fast erreicht.

Betroffen von den Kürzungen sind vor allem die hilfebedürftigen Menschen, denn die Zivildienstleistenden verrichten mehrheitlich Aufgaben, für die das festangestellte Personal, etwa im Geltungsbereich des SGB XI, leider oft keine Zeit mehr hat (etwa Vorlesen, Spielen, Spazieren gehen, Begleitung zum Gottesdienstbesuch), die aber unentbehrlich für eine umfassende und ganzheitliche Pflege und Betreuung sind. Der **Kürzungsbetrag von 2,7 Milliarden DM für die Jahre 2000-2003** wird die Einrichtungen und Dienste als auch die in ihnen arbeitenden Menschen in einer sowieso schon angespannten Kostensituation – in unterschiedlichem Umfang – belasten. Der Grad der Belastung hängt ab vom Einsatzfeld der Zivildienstleistenden (z.B. Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung, die weitgehend mit Zivildienstleistenden funktioniert, versus Krankenhaus), von der Größe der

Einrichtung, vom Personalanteil der Zivildienstleistenden etc.

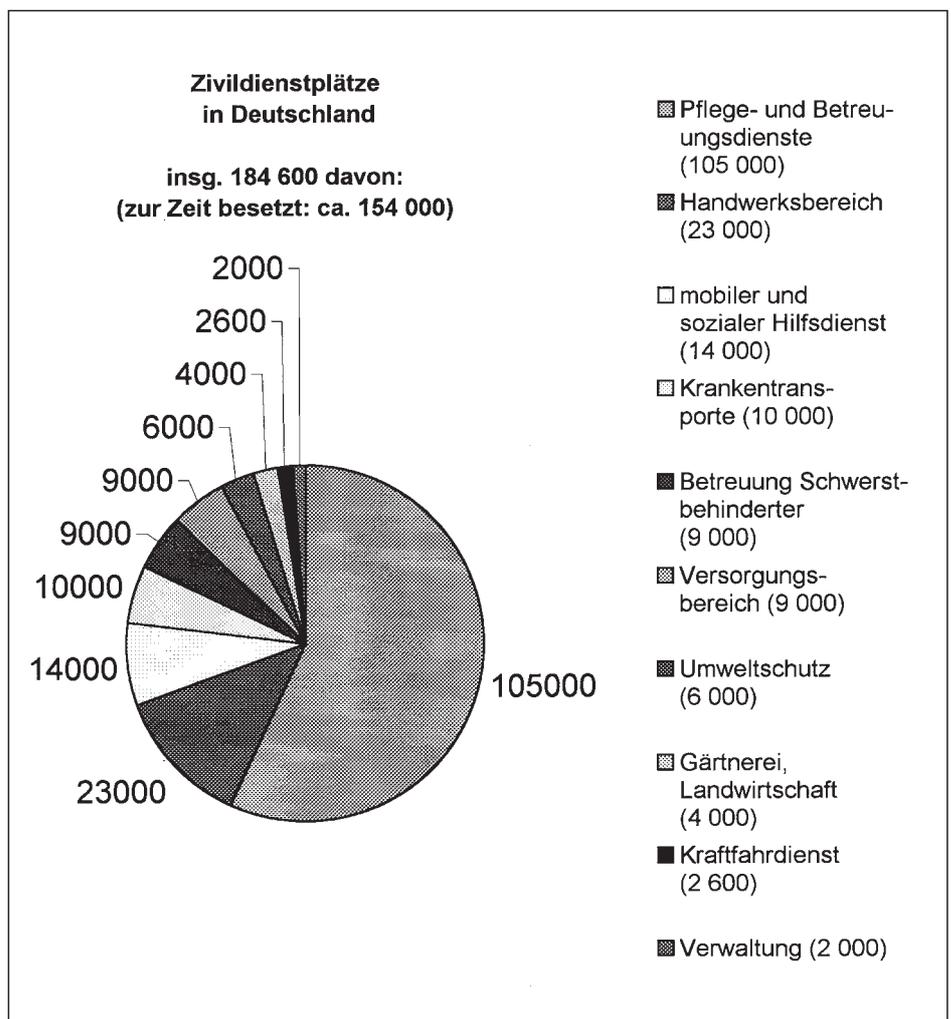
Kürzung der Zivildienstplätze

Weitere Probleme bringt die **Deckelung der Zahl der Zivildienstleistenden** mit sich. Bislang war jeder anerkannte Kriegsdienstverweigerer zivildienstpflichtig und wurde so rasch als möglich zum Zivildienst einberufen. Durch die politisch festgesetzte Zahl der Zivildienstleistenden (140 000) ist es nicht mehr möglich, jeden jungen Mann zu dem von ihm gewünschten Termin einzuberufen. Viele Kriegsdienstverweigerer, die auf ihre Einberufung warten, müssen mit Verzögerung von einigen Monaten rechnen. Diese Entwicklung betrifft auch die sozialen Einrichtungen und Dienste. Damit wird die unabhängige Verständigung vor Ort zwischen jungem Mann und Einsatzstelle, die eine wesentliche Grundlage für den großen Erfolg des Zivildienstes bildet und für die Beteiligung von Kirche und Diakonie am staatlichen Zwangs-Zivil-

dienst essentiell war und ist, in Ansätzen untergraben.

Begleitung und fachliche Einführung

Die Planungsunsicherheit belastet letztlich alle am Zivildienst Beteiligten: die jungen Männer, die Einrichtungen und Dienste, die hilfebedürftigen und hilfeberechtigten Menschen. Angesichts der geplanten **Deckelungsobergrenze von 110.000 Zivildienstleistenden** im Jahr 2003 rechnen wir mit einer weiteren Verschärfung der Situation ab 2002. Immer mehr Kriegsdienstverweigerer werden zivildienstpflichtig sein, ohne Aussicht auf eine Einberufung zu haben. Bereits jetzt finden junge Männer in strukturschwachen Gebieten, z.B. in Ostdeutschland, keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, weil Arbeitgeber nicht bereit sind, junge Dienstpflichtige, die noch nicht gedient haben, einzustellen. In Verantwortung für die jungen Männer und die Menschen, die von ihnen betreut und gepflegt werden, sowie im



Blick auf unser Ziel der Gestaltung des Zivildienstes als Sozialer Friedensdienst haben sich Kirche und Diakonie immer für die fachliche Einführung und Begleitung aller Dienstleistenden ausgesprochen. Durch eine unzureichende staatliche Finanzierung konnten 1998 von den rund 138.000 Zivildienstleistenden nur etwa 38.000 fachlich eingeführt werden; Kirche und Diakonie gelang es im gleichen Jahr mit erheblichem Mitteleinsatz, immerhin 9.300 und damit rund 40% ihrer Zivildienstleistenden fachlich einzuführen.

Mit dem ab 01.01.2000 geltenden Rahmenvertrag zur Fachlichen Einführung, der zwischen dem BMFSFJ und den Verbänden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege abgeschlossen wurde, wird dieser Stand hoffentlich gehalten, wenn auch nicht verbessert werden können.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in unseren Einrichtungen und Diensten werden sich auch bei einer elfmonatigen Dienstzeit wie bisher engagiert und qualifiziert für die Einweisung und Fortbildung der meist berufsunerfahrenen, jungen Männer einsetzen. Dankbar sind wir für die **seelsorgerliche Begleitung** vieler Zivildienstleistenden in den Gemeinden und Einrichtungen und durch die Beratung, Gespräche und Rüstzeiten der landeskirchlichen Beauftragten für Kriegsdienstverweigerung sowie durch die Zusendung der hervorragend gestalteten Quartalszeitschrift „Zivil“ an alle evangelischen Zivildienstleistenden. Dieses Angebot erachten wir trotz aller Kürzungen für unentbehrlich.

Die Diakonie und die Zukunft des Zivildienstes

Die Kürzungen im Zivildienst und die Debatte über die rasche Veränderung der Bundeswehr lassen bei manchem den **Zivildienst als Auslaufmodell** erscheinen. Diese Kürzungsdebatte und der mit ihr einhergehende Fatalismus beeinträchtigen die Entwicklung von Zukunftsperspektiven. Es geht weithin nur ums Sparen, ohne die Aspekte „Kompensation wegfallender Leistungen“ und „Konversion des Zivildienstes“ im politischen Raum mitzudiskutieren.

Wir wollen uns auf jeden Fall weiterhin engagiert für die Belange der jungen Männer und des Zivildienstes einsetzen. Die Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes hat zur innerverbandlichen Abstimmung eine **Projektgruppe von Fachleuten** aus Einrichtungen und Diensten, Landes- und Fachverbänden, Freiwilligen- und Zivildienst und Wissenschaft gebildet, die sich ergebnisoffen bis zum Sommer 2000 über Zukunftsperspektiven des Zivildienstes und möglicher Alternativen verständigen soll.

Wir treten weiterhin dafür ein, dass Freiwilligkeit und nicht staatliche Verpflichtung, die Grundlage für die soziale Arbeit bildet. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass unbesehen des Zwangs-Charakters die meisten jungen Männer in sozialen Einrichtungen sehr gute Arbeit geleistet haben und einen Einblick in soziale Arbeit erhalten haben, den sie ohne die Verpflichtung zur Ableistung des Zivildienstes nicht bekommen hätten.

Erwartungen an Politik und Gesellschaft

Unabhängig von der Zukunft des Zivildienstes wird es also auch darum gehen, jungen Männern attraktive Angebote zu unterbreiten, die sie motivieren, sich im sozialen Bereich von Kirche und Diakonie einzubringen und für sie einmalige Lernerfahrungen in einer für sie wesentlichen Lebensphase in einem Dienst für den Frieden zu sammeln. Diakonie und evangelische Jugendarbeit bieten sich als größter Anbieter von Plätzen im **Freiwilligen Sozialen Jahr** bzw. Diakonischen Jahr für den sinnvollen und notwendigen Ausbau von Freiwilligendiensten an. Voraussetzung dafür ist die Bereitstellung entsprechender Mittel, weil Diakonie und Kirche alleine die Finanzierung weiterer Freiwilligenstellen und Formen des Freiwilligendienstes alleine nicht übernehmen kann.

Ein ersatzloses Streichen der Mittel für den Zivildienst ohne die Entwicklung eines neuen Freiwilligenprogramms darf es nicht geben.

- Die jetzige Situation muß genutzt werden zur Diskussion über Hilfefor-

men der sozialen Arbeit und des freiwilligen Engagements: für soziale Lernerfahrungen – für den Ausbau von Freiwilligendiensten. Der Diskurs und die Atmosphäre für freiwilliges Engagement, für den Einsatz für Andere, für den Erwerb von Erfahrungen in der sozialen Arbeit sind zu verstärken. Die Mittel zur Förderung von Engagement und Freiwilligendiensten sind zu verstärken. Die europäische Komponente, der europäische Blick sind dabei wesentlich.

- **Zivildienststrukturkommission**
Die Einberufung einer Zivildienststrukturkommission unter Beteiligung staatlicher Stellen, der Kostenträger, der Arbeitsverwaltung, der Wohlfahrtsverbände und anderer ist dringend geboten, um Substitutionsstrategien zu entwickeln, neue Finanzierungswege aufzuzeigen und das Bewusstsein für die Notwendigkeit **neuer Modelle** zu fördern.
- **Planungssicherheit**
Die Deckelung der Zahl der Zivildienstleistenden untergräbt die Planungssicherheit der jungen Männer und der Einrichtungen. Die für die Jahre 2001-2003 geplante Forcierung der Deckelung lehnen wir strikt ab und fordern die Politik auf, diese Fehlentwicklung zu korrigieren.

- **Dienstzeitverkürzung**
Bei einer möglichen Dienstzeit unter zehn Monaten wird der Zivildienst seiner sozialen Substanz beraubt. Gerade in Verantwortung gegenüber den sich uns anvertrauenden, hilfebedürftigen Menschen wird der Einsatz junger Männer in der Betreuung oft nicht mehr sinnvoll und vertretbar sein.

Der Zivildienst braucht eine Perspektive. Die tägliche Debatte über die Zukunft der Wehrpflicht irritiert die jungen Männer, die Einrichtungen, die Hilfebedürftigen. Von der Politik erwarten wir daher verlässliche und eindeutige Aussagen über den Tag hinaus. ■

Anm.:

Jürgen Gohde ist Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Aufbruch in die lernende Gesellschaft

Antrag für den CDU-Bundesparteitag (9.-11.4.00)

13. Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte. Wir brauchen Mut zur Erziehung. Persönlichkeitsbildung und Werteerziehung gehören in die Schule, weil Kopf, Herz und Hand zusammengehören. Qualifikation und Wissen erhalten ihren Sinn durch Mitmenschlichkeit, Urteils-kraft und Handlungsfähigkeit.

14. Schulische Bildung braucht die Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus. Erziehung und Bildung dürfen nicht allein an die Schule delegiert werden. Es gibt eine Tendenz zur Erziehungsverweigerung in der Gesellschaft. Die Schule darf sich davon nicht anstecken lassen. Sie kann aber auch nicht alles leisten. Beide – Eltern und Schule – haben nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht zu erziehen.

17. Der **Religionsunterricht** muss im Fächerkanon verankert sein. Die Schule darf die Frage nach Gott nicht tabuisieren. Dabei geht es nicht nur um ein historisches Bildungsgut des Abendlandes, sondern um Hilfe zur sinnvollen Lebensgestaltung.

Religionsunterricht in der Schule ist kein Privileg der Christen. Islamischer Religionsunterricht soll eingerichtet werden, wo Eltern und Religionsgemeinschaften dies wollen und im Sinne des Grundgesetzes mittragen. Die Einrichtung eines Faches Ethik als Wahlpflichtfach neben dem Religionsunterricht verstehen wir als Bekenntnis zum ethischen Auftrag der öffentlichen Schule. Werteerziehung darf nicht auf den Religions- und Ethikunterricht begrenzt bleiben. Alle Fächer und auch die außerunterrichtlichen Aktivitäten der Schule können und sollen **Wissen und Ethos verbinden**.

(Die „Bildungspolitischen Leitsätze“ können Sie in der CDU-Bundeschäftsstelle unter Tel.: 02 28/5 44-4 77 bestellen)

1. Berliner Theologisches Gespräch

mit Bischof Dr. Wolfgang Huber

„Die Frage nach Gott, die wichtigen Urkunden des Glaubens und ihre Wirkungsgeschichte, die Unterschiede der christlichen Konfessionen und das Verhältnis des christlichen Glaubens zu anderen Religionen – das sind wichtige **Inhalte eines sachgemäßen und sachkundigen christlichen Religionsunterrichts**. Es sind zugleich unaufgebbare Elemente für die Vermittlung von Orientierungswissen in der Schule. Es gehört zu den grundlegenden Aufgaben einer heute fälligen Schulreform, dieser Vermittlung von Orientierungswissen den gebührenden Rang zuzuerkennen. Die Schule hat nicht nur einen Modernisierungsbedarf darin, Schülerinnen und Schüler für die Informationsgesellschaft „fit“ zu machen. Religion ist in der Schule ebenso wichtig wie Englisch oder Informatik.

Werteerziehung, so wird gesagt, ist Aufgabe der Schule im Ganzen. Sie vollzieht sich stärker durch Vorbild als durch Lehre, stärker durch das Schulleben als durch die Schulfächer. Das ist alles richtig; aber es ist weder ein Einwand gegen Religions- noch gegen Ethikunterricht. Sie sollen nämlich **nicht nur Werte vermitteln** oder in sie einüben; sie sollen sie verstehen lehren. Was Religionsunterricht zur allgemeinen Bildung beiträgt, ist aber überhaupt nicht zureichend erfasst, wenn man ihn nur als Werteerziehung oder als Beitrag zu wertbezogener Bildung versteht.

Gewiss ist der christliche Glaube eine tragfähige Basis für die Werte des gemeinsamen Lebens. Aber er fragt weiter: nach dem Ort des Menschen in der

Welt, nach dem Geheimnis von Tod und Leben, nach dem Umgang mit Schuld und der Zusage der Versöhnung. Gewiss ist Ethik nicht die ausschließliche Domäne der Philosophie; vielmehr gibt es eine wirkungsmächtige Ethik aus Religion. Aber **Religion ist und bleibt mehr als Ethik**. Eine Schule, in der die Eigenbedeutung von Religion keinen Ort hat und in der über Ethik aus Religion nicht genauso geredet werden kann wie über Ethik ohne Religion – eine solche Schule bleibt hinter ihrem Bildungsauftrag zurück. Zu diesem Bildungsauftrag gehört heute natürlich die Vielfalt der Religionen. Aufklärung über Glauben



Jochen Borchert begrüßt Bischof Huber im Dietrich-Bonhoeffer-Haus

und Religion schließt die Vielzahl der Religionen ein. Dass aus der Aufklärung **über** Glauben auch eine Aufklärung **durch** Glauben werden kann, ist kein Grund dafür, dem Religionsunterricht seinen Ort an der öffentlichen Schule zu verweigern.“

(Den gesamten Redetext „Kirche – Gesellschaft – Staat: Was ändert sich – was bleibt?“ können Sie unter Tel.: 02 28/5 44-3 05 oder Fax: 02 28/5 44-5 86 bestellen)

Bücher

Hans Küng/Berthold Leibinger/Werner Spies: Auf sicherem Fundament, Festschrift für Erwin Teufel, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1999, 470 Seiten. ISBN 3-421-05325-1

Die drei Herausgeber haben in diesem Buch Beiträge von Freunden, Weggefährten, aber auch von politischen Gegnern Erwin Teufels zusammengetragen, die Eindrücke und Begegnungen mit Erwin Teufel schildern oder zu Themen Stellung nehmen, die ihm besonders am Herzen liegen. Sie schildern viele Facetten der Persönlichkeit Teufels: den neugierigen und gleichzeitig nachdenklichen Menschen, den Intellektuellen (obwohl er dieses Etikett nicht so selbstverständlich trägt wie mancher andere), den Pragmatiker, der sorgfältig und beharrlich Probleme löst; einen, der nach Neuem sucht und der Ziele hat, der aber auch bereit ist, diese Ziele immer wieder zu überprüfen und gegebenenfalls in Frage zu stellen.

Karl Hesselbacher: „Paul Gerhardt – Sein Leben – seine Lieder“ Aussaat Verlag, Neukirchen Vluyn 1999 ISBN 3-7615-3585-6

Das Leben Paul Gerhardts und seine Lieder sind das Zeugnis eines glaubensgewissen Christen. Die aufwendig erarbeitete, wertvolle Biographie Karl Hesselbachers vertieft sich in die Welt des 17. Jahrhunderts und nähert sich der Person des großen Liederdichters. Nach wie vor ist erstaunlich, was der Autor an Material zusammengetra-

gen und mit großer Aussagekraft geformt hat.

Neben der Darstellung von Paul Gerhardts Leben und seinen Liedern gibt das Buch auch einen kurzen, beachtenswerten Überblick über die geistliche Situation zur Zeit Paul Gerhardts.

Erfahrungen, die namhafte Persönlichkeiten wie Rudolf Alexander Schroeder oder Dietrich Bonhoeffer mit Paul-Gerhardt-Liedern gemacht haben, ergänzen das Buch.

Kirchentagslosung festgelegt

Fulda. „Du stellst meine Füße auf weiten Raum“ heißt das Leitwort für den 29. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 13.-17. Juni 2000 in Frankfurt/Main. Drei Themenbereiche wurden vom Kirchentagspräsidium unter Leitung von Martin Dolde beschlossen: „In Vielfalt glauben“, „In Würde leben“ und „In Freiheit bestehen“.

Heike Schmoll (Hrsg.): Kirche ohne Zukunft? Evangelische Kirche – Wege aus der Krise Ullstein Taschenbuch Nr. 26702, Berlin 1999

Nicht nur der auf der Kanzel predigende Luther, den das Bild auf dem Bucheinband zeigt, auch die Autoren der von Heike Schmoll zusammengestellten Arbeiten geben auf die Frage eine eindeutige Antwort. Aber das Ja wird doch sehr unterschiedlich begründet: Während bei den aus dem kirchlichen Bereich kommenden Autoren mehr oder weniger deutlich die Glaubensüberzeugung mitschwingt, dass die Verkündigung des Evangeliums weitergehen werde, schließt Tilmann Moser in seinem einleitenden Artikel: „Der Theapeut sollte fromm und andächtig sein können. Aber er muss nicht gläubig sein“. Das ist freilich „starker Toback“, aber Kirche muss, will sie in

unserer Zeit ihrem Auftrag gerecht werden, mit der Tatsache rechnen, dass viele Menschen vor die Gottesfrage nicht mehr durch die Predigt gestellt werden, sondern dass Formen christlicher Frömmigkeit zum Hindernis für die Gottesbegegnung werden können.

Mir hat sich der Wert des Bandes erst richtig erschlossen, als ich nach der Lektüre der letzten Arbeit von Eckhart von Vietinghoff „Kritische Anmerkungen zum Berufs-

bild Pfarrer“ das ganze Buch noch einmal durchging. In diesem Aufsatz finden sich Forderungen zum Beruf des Pfarrers, die manchem „Progressiven“ die Zornesröte ins Gesicht treiben mögen, und doch geht von Vietinghoff von einer modernen Gemeinde in unserer Gegenwart aus, offen für Veränderungen und doch an bestimmten Fundamenten festhaltend, z. B. an solider Theologie, die gerade in unserer Zeit den Pfarrer auszeichnen sollte. Und werden Herausforderungen durch „Veränderungen der kirchlichen Organisation“ einerseits und durch neue Wege des Gottesdienstes andererseits begegnen will, der findet in den Aufsätzen von Beatus Fischer und Ulrich Fischer reiche Anregungen.

Interessant ist, – und er richtet damit ein in der Gegenwart besonders wichtiges Warn- und Mahnsignal auf – wie F.W. Graf „vom Bildungsdi-

lemma der evangelischen Kirche“ spricht und deutlich macht, wie durch die Verdrängung des liberalen Kulturprotestantismus die Evangelische Kirche den Zugang gerade zu den Schichten verlor, denen in der modernen Welt die Zukunft gehört.

Schließlich zeigt K. E. Nipkow, dass der Kampf um den Religionsunterricht nicht nur im Interesse der Kirche geführt werden muss, sondern dass es hier um ein Grundproblem des freiheitlichen Rechtsstaates geht, der will, dass die Traditionen, aus denen er lebt, lebendig bleiben und dass entscheidungsbeurteilende und entscheidungsfähige Menschen heranwachsen.

Heike Schmoll ist für dieses Büchlein zu danken. Und - ist es nicht hoffnungsvoll, dass eine Redakteurin der FAZ sich so um die Zukunft der Kirche müht?

(Albrecht Martin, Staatsminister a. D.)

Robert Leicht: Ihr seid das Salz der Erde! 2000 Jahre Christen im Widerspruch. Ca. 96 Seiten, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1999, GTB 1322 ISBN 3-579-01322-X

Warum stellt die Welt des Abendlandes ihre Uhr – und ihre Kalender – immer noch nach der Geburt des Jesus von Nazareth, nun schon seit 2000 Jahren? Robert Leicht unternimmt, ausgehend von den acht Seligpreisungen der Bergpredigt, acht Expeditionen in eben jene Widerspruchsgeschichte des Christentums, die sich immer wieder als das Salz der Erde erweist.

■ Vom Staat, der Kirche, den Werten

Kleve. Der EAK-Kleve unter Vorsitz von **Dirk Züter** hatte zum 15. Besinnungstag unter der Überschrift: „Haben sich Staat und Kirche auseinandergelebt?“ eingeladen. Podiumsteilnehmer waren: **Rudolf Bauer**, Chefredakteur i.R., **Dieter Hackler**, Zivildienstbeauftragter der Bundesregierung, und **Friedhelm Polaschegg**, Superintendent des Kirchenkreises Wesel.

■ Für Sonntagsschutz – Konsum darf nicht einzige Klammer der Gesellschaft sein

Duisburg. Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Thomas Rachel** (Düren) ist auf der Landestagung des EAK-Nordrhein-Westfalen mit 98 % der Stimmen wieder zum Landesvorsitzenden gewählt worden.

Der neugewählte EAK-Landesvorsitzende Thomas Rachel MdB begrüßte die Kampagne der Evangelischen Kirche in Deutschland für den Schutz des Sonntags. Die Bemühungen zum Sonntagsschutz werden vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU voll unterstützt und öffentlich mitgetragen. Thomas Rachel: „Denn der Konsum darf nicht die einzige Klammer der Gesellschaft sein oder werden.“

„Leider kommt in der Kampagne der biblische Bezug ein wenig zu kurz“, bedauerte Rachel. Zwar sei es richtig, wenn die Kirche betone, der Ruhetag müsse für alle gelten, er gehöre zu unserem Leben und sei eines der wertvollsten Kulturgüter. Doch dies könne auch jede andere beliebige Interessengruppe

formulieren, die sich für den Erhalt des Sonntags einsetzt.

Auf der Tagung referierte der bisherige Bevollmächtigte der EKD bei Bundesregierung und Europäischer Union, Bischof **Dr. Hartmut Löwe**, zum Thema „Haben sich Staat und Kirche auseinandergelebt?“ „Die Prägekraft des Christentums gehört nicht ins Museum“, bekräftigte Bischof Dr. Löwe. Das Verhältnis von Kirche und Staat stehe vor einer großen Bewährungsprobe. „Wo das Kreuz abgehängt wird, machen sich andere Götter und Symbole breit“, warnte Bischof Dr. Löwe.

■ 10 Grundsätze des EAK der CDU-Esslingen

Esslingen. Der Kreisvorstand des EAK-Esslingen hat in einem längerfristigen Diskussionsprozess zehn Leitlinien erarbeitet, die als Grundlage für seine Arbeit dienen sollen. Der EAK-Esslingen möchte damit auch einen Beitrag zur Diskussion über das „C“ in der CDU leisten.

1. Grundlagen und Ziele

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Kreisverband Esslingen will die christlichen Grundlagen der Union, wie sie im Grundsatzprogramm enthalten sind, zur Auswirkung bringen. Er will Brücken zur Evangelischen Kirche schlagen und bekennende Christen zur Mitarbeit in der CDU ermutigen. Als Mittel dienen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Begegnungen zwischen Vertretern der Evangelischen Kirche und Politikern, Stellungnahmen usw.

2. Verantwortung des Christen für die Politik

3. *Gesellschaft und Kultur*
4. *Die sittliche Ordnung als Verfassungsauftrag*
5. *Familie*
6. *Schule*
7. *Kirche und Staat*
8. *Bewahrung der Schöpfung*
9. *Arbeit, Wirtschaft und Sozialordnung*
10. *Verantwortung in der Gesellschaft*

Die 10 Grundsätze können Sie bestellen bei: Peter Schuster, Hochdorferstr. 36, 73274 Notzingen

■ Für Ehe und Familie werben

Umkirch. Für die Ehe zwischen Mann und Frau müsse in Zukunft in Gesellschaft, Kirche und Partei stärker geworben werden, betonte CDU-Generalsekretär **Volker Kauder** während des diesjährigen Landestages des EAK-Baden.

Reden und Handeln sollten gerade für Christen eine Einheit sein, auch was die Familie anbelangt. Die CDU halte an der Familie als Zukunftsmodell fest, die von einem Mann und einer Frau gegründet und auf Dauer angelegt sei.

Eine rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Beziehungen lehnte Kauder ab. Überhaupt sollten Christen in der Politik mit mehr Mut und Unerschrockenheit ihre Werte vertreten, forderte der baden-württembergische Politiker.

Auf dem Podium diskutierten: Dekan **Franz Doleschal**, EAK-Landesvorsitzender, Prälat i.R. Gerd Schmoll, Prof. **Dr. Hans-M. Pawlowski**, Familienberater Pfarrer **Udo Bernecker** und **Dorothea Störr-Ritter**, MdB.

■ .. und am 7. Tage sollst Du ruhen!

Der Bezirksvorstand des **EAK-Ostwestfalen-Lippe** wendet sich entschieden gegen erweiterte Ladenöffnungszeiten am Sonntag:

„Der regelmäßig alle 7 Tage wiederkehrende arbeitsfreie Tag ist das gemeinsame Erbe des Juden- und des Christentums. Der Sonntag ist vor diesem Hintergrund eine elementare Grundlage unserer christlich-abendländischen Kultur. Dies nicht nur in religiöser Hinsicht, sondern auch in unserem Sozialverhalten und Wertgefüge, unserer Gesetzgebung und der Gerichtsbarkeit.“

Der Sonntag ist der Tag der Freiheit, der Muße und der Selbstbesinnung für den Menschen. Dies wird schon in der Bibel, im Alten Testament, im 2. Buch Mose im 20. Kapitel, festgehalten. Schon zu Zeiten von Mose haben die Menschen erkannt, wie notwendig ein Ruhetag für sie und ihre Umgebung war, um wieder zu sich selbst zu finden, und dabei über anderes als über die tägliche Arbeit nachzudenken. Damit die Rahmenbedingungen für alle gleich sind, wurde schon immer ein gemeinsamer Ruhetag angestrebt. In der Hektik der heutigen Zeit, in der besonders berufstätige Menschen einer außergewöhnlichen Beanspruchung unterliegen, ist dies nötiger denn je ...

Wir fordern daher alle Politiker auf, vornehmlich aber die Politiker an verantwortlicher Stelle in der CDU, das Geschenk des Sonntags-Sabbat nicht zum Arbeitstag zu degradieren.“

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 · Fax 544-586 · **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 370 100 50) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!

Postvertriebsstück Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

7. Aktion „Hoffnung für Osteuropa“

„Gemeinsam Zukunft gestalten“ heißt das Motto der 7. Aktion „Hoffnung für Osteuropa“, die bundesweit am 12. März 2000 in Fulda eröffnet wird.

Die Vision eines „gemeinsamen Hauses Europa“ ließ in den letzten Jahren auch in Deutschland viele nach neuen Wegen der Hilfe für die osteuropäische Bevölkerung suchen. Mit Hilfstransporten begab man sich auf abenteuerliche Fahrten, um dringend Benötigtes vor Ort zu bringen.

Es waren Wege aufeinander zu, bei denen man sich kennen und verstehen lernte. Aus vielen dieser Begegnungen sind gute Partnerschaften geworden, von denen auch die profitieren, die ursprünglich „nur“ helfen wollten.

So beginnt sich diese „Nothilfe“ zu verändern, man plant und handelt mit Blick auf die Zukunft gemeinsam. Es wird deutlich, dass der Wandel durch den Auf- und Weiterbau sozialer Strukturen, christlicher Gemeinden, diakonischer Einrichtungen, Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

begleitet werden muss. Dies spiegelt sich auch in den Projekten wider, die von „Hoffnung für Osteuropa“ unterstützt werden.

Fast jede zweite Mark der Spendenmittel kommt Jugendlichen und Kindern zugute. Damit werden Betreuungseinrich-



tungen für Straßenkinder geschaffen, in Jugendzentren und Freizeitstätten wird Raum und Zeit für die Entwicklung der Persönlichkeit und der Kreativität gegeben. Weichen für Verständigung und Versöhnung werden hier gestellt.

Damit nicht gilt: „Wer arm ist, muss früher sterben“, liegt ein weiterer

Schwerpunkt der Aktion im Aufbau von Sozial- und Diakoniestationen. Etwa ein Viertel der Spendengelder wird hierfür verwendet.

Die Wende von 1989 wurde vielfach von Christen vorbereitet und maßgeblich mitgestaltet. Viele hatten dem christlichen Glauben diese Kraft nicht mehr zgetraut. Die Gemeinden in Osteuropa wachsen, doch Räumlichkeiten für ein reges Gemeindeleben sind entweder nicht vorhanden oder baufällig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen theologische und gemeindepädagogische Fortbildungen. „Hoffnung für Osteuropa“ verwendet daher ein Fünftel der Mittel für den Gemeindeaufbau.

Frieden, Versöhnung, soziale Entwicklung und Ökumene heißen die Ziele auf dem Weg zu einem vereinten Europa. Viel Engagement und Phantasie sind dafür vonnöten. „Hoffnung für Osteuropa“ will dazu einen Beitrag leisten.

**„Hoffnung für Osteuropa“,
Bank für Kirche und Diakonie
in Duisburg**

**Kontonummer 10111
BLZ 35 060 190**

Unsere Autoren:

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Christoph Böhr, MdL
Rheinallee 1a-1d
55116 Mainz

Tamara Zieschang
Buschstr. 28
53113 Bonn

Klaus Weigelt
Rathausallee 12
53757 St. Augustin

Präsident
Jürgen Gohde
Staffenbergstr. 96
70184 Stuttgart